



Beschluss der Bundeskonferenz der ASJ 2016 in Berlin

Beschluss 2: Planungsziel Bezahlbarer Wohnraum

5

Die „Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum“ muss ebenfalls als Planungsziel ins Baugesetzbuch aufgenommen werden, nachdem „Investitionsbedarf“ als Planungsgrundsatz eingefügt wurde.

10 **Begründung:**

In den städtischen Ballungsräumen fehlt zunehmend Wohnraum, der für breite Teile der Bevölkerung bezahlbar ist. Durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Neubauten im Luxussegment kommt es zum Explodieren des Mietpreisniveaus und zur

15

Verknappung von Bauland im innerstädtischen Raum. Diese Fehlentwicklung wird forciert durch die Verankerung von Investitionsinteressen als Planungsgrundsatz im Baugesetzbuch (BauGB).

20 **1. Ausgangslage: Relativierung der sozialgerechten Bodennutzung durch den Planungsgrundsatz „Investitionsbedarf“**

Durch die Einfügung von „Investitionsbedarf“ in § 13a BauGB als Planungsgrundsatz und die damit verbundenen baurechtlichen Erleichterungen für den Investor wird Bauen im hochpreisigen Niveau gefördert. Die Planungsbehörde hat nun in erster Linie

25

Investitionsbedürfnisse zu berücksichtigen. Die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung geraten als nur abwägungserheblich ins Hintertreffen, obwohl der Städtebau in erster Linie der Befriedigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung dienen sollte. Bei der Bauleitplanung spielt es derzeit keine Rolle, ob Luxuswohnungen, Eigentumswohnungen oder Mietwohnungen für breite Bevölkerungsschichten errichtet werden. Auch die künftige

30

2. Konkretisierung der sozialgerechten Bodennutzung mit dem Planungsziel „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Kreise der Bevölkerung“

Mit der Einfügung von „Investitionsbedarf“ wurde ein Planungsgrundsatz im BauGB verankert, dem der städtebauliche Bezug fehlt. Dadurch wird die Gewährleistung einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung in Frage gestellt, weil ein Investitionsbedarf damit in keinerlei Zusammenhang steht, oft die sozialgerechte Bodennutzung sogar gefährdet. Damit „Investitionsbedarf“ im Sinne einer sozialgerechten

35

40

Bodennutzung zu interpretieren ist, muss nun auch ein Planungsgrundsatz in das BauGB eingefügt werden, der die sozialstaatliche Bindung der Bodennutzung stärkt. Daher sollte die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Kreise der Bevölkerung als Grundsatz der Bauleitplanung in das BauGB aufgenommen werden, damit die sozialgerechte Bodennutzung im Rahmen der planerischen Abwägung, aber etwa auch beim Milieuschutz und bei städtebaulichen Verträgen wieder ihr bisheriges Gewicht erhält.

45

§ 1 Abs. 5 BauGB sollte wie folgt ergänzt werden (Zusatz unterstrichen):

S. 1: Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in

50

Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und

eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.

5 S. 2: Sie sollen dazu beitragen, die Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit bezahlbarem Wohnraum und eine menschenwürdige Umwelt zu sichern sowie die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.

10 **§ 13 a Abs. 2 sollte in Ziff. 3 wie folgt geändert werden (Zusatz unterstrichen):**

(2) Im beschleunigten Verfahren 1. ...

15 3. muss einem Bedarf an Investitionen zur Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeits-plätzen, zur Versorgung der Bevölkerung mit für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbarem Wohnraum oder zur Verwirklichung von Infrastrukturvorhaben in der Abwägung in angemessener Weise Rechnung getragen werden;

Weiterleitung an ...

<input checked="" type="checkbox"/>	SPD-Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/>	SPD-Landtagsfraktionen
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD-Parteivorstand
<input checked="" type="checkbox"/>	Bundesjustizministerium
<input checked="" type="checkbox"/>	Bundesbauministerium
<input checked="" type="checkbox"/>	A-Länder Justizministerien
<input checked="" type="checkbox"/>	A-Länder Bauministerien
<input type="checkbox"/>	Sonstiges

20